

werden, ob nach zahlreichen programmatischen Skizzen nicht bald die Zeit für ihre empirische Einlösung gekommen ist.

Eine Gesamteinschätzung des Sammelbandes fällt leicht: Ganz überwiegend enthält er anregende und weiterführende Aufsätze zum Protestpotential der vormärzlichen deutschen Gesellschaft. Daß der zeitliche Schwerpunkt der hier zum sozialen Protest versammelten Arbeiten so deutlich auf der ersten Jahrhunderthälfte liegt, ist selbst ein wichtiger Befund. Aber auch für diese Blütezeit des sozialen Protests ist der von den Herausgebern in der Einleitung gemachte Vorschlag, »die Bestimmung des ›sozialen Protests‹ vom Gesamtphänomen auf die niedrigere Ebene seiner spezifischen Konkretisierungen zu verlagern«, längst aufgenommen worden. Ob hingegen diese mittelfristige Strategie »über die vertiefte Kenntnis der Teile zu einem besseren Verständnis des Ganzen beiträgt« (S. 15), scheint mir zweifelhaft, solange man ein vages Konzept vom sozialen Protest für das Ganze hält. Für den sozialgeschichtlichen Ertrag der Einzelstudien ist aber dieser Bezug zum Protestbegriff ohnehin nicht von Belang. Zudem liegen die größten Erkenntnismöglichkeiten im Bereich der lokalen und regionalen Forschung, die die sozioökonomischen und politischen Bedingungen von Protest und Nicht-Protest weiter zu erhellen verspricht. Die Fortführung solcher Ansätze, wie z. B. bei Wirtz, Mooser oder Parisius, wird aber kaum zu einer Neudefinition des Protestbegriffs, sondern vielmehr zur Einordnung verschiedener Protestformen in andere übergreifende sozialgeschichtliche Konzepte führen. Friedrich Lenger, Tübingen

Wirtschaftswachstum, Technologie und Arbeitszeit im internationalen Vergleich. Referate und Diskussionsbeiträge des 6. Wissenschaftlichen Symposiums der Gesellschaft für Unternehmensgeschichte e. V. am 15. und 16. Dezember 1981 in Hamburg. Im Auftr. der Gesellschaft für Unternehmensgeschichte hrsg. von Hans Pohl. Schriftleitung: Horst A. Wessel (= Zeitschrift für Unternehmensgeschichte, Beiheft 24), Franz Steiner Verlag, Wiesbaden 1983, VIII, 318 S., kart., 62 DM.

Seit 1976 veranstaltet die Gesellschaft für Unternehmensgeschichte regelmäßig Tagungen, die durch die Behandlung aktueller Themen Vertreter aus der Wissenschaft und Wirtschaft zusammenbringen sollen. Inwieweit die bis heute andauernde öffentlich-politische Kontroverse über die Frage, ob eine Verkürzung der Arbeitszeit ein adäquates Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist, den Anstoß für die Tagung 1981 gegeben hat, läßt sich nur vermuten. Auf jeden Fall aber machte nicht nur die Schlußdiskussion deutlich, daß auch die Frage nach den Ursachen der Arbeitslosigkeit und den zukünftigen strukturellen Verschiebungen auf dem Arbeitsmarkt interessierte. Angesichts der heutigen Situation hat der vorliegende Tagungsband daher nichts an Aktualität eingebüßt, der anhand von vier methodisch und inhaltlich sehr unterschiedlich ausgerichteten Schwerpunktreferaten versucht, im thematisch vorgegebenen Rahmen die wirtschaftliche Entwicklung vom ausgehenden 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart zu analysieren. Das Papier von *Karl-Heinrich Kaufhold* skizziert die Ausgangssituation im 18. Jahrhundert und erstellt mittels eines neuen methodischen Instrumentariums eine sektoral differenzierte Schätzung des deutschen Wirtschaftswachstums zwischen 1800 und 1835. Trotz aller hervorgehobenen Unzulänglichkeiten, die einem solchen statistischen Meßverfahren aufgrund der dürftigen Quellenlage anhaften, wird jedoch sichtbar, daß das außerordentliche Bevölkerungswachstum seit 1740 nicht nur zu Produktivitätsgewinnen in der Landwirtschaft führte, sondern sich nachfragebedingt allgemein auf das wirtschaftliche Wachstum positiv auswirkte. Dennoch konstatiert Kaufhold für diesen Zeitraum ein Defizit an Technik, dessen Ursachen er weniger im Mangel an technischen Kenntnissen und Erfindungen verortet. Vielmehr war es neben zünftigen und obrig-

keitlichen Regelungen auch die traditionsgeprägte Mentalität, die deren praktische Umsetzung behinderte. Gleiches gilt für das Nebeneinander von extremer Unterbeschäftigung, wie sie sich im Pauperismus verkörperte, und überlangen Arbeitszeiten, die allerdings nicht gleichzusetzen sind mit der tatsächlichen Arbeitszeit. Die begriffliche Unterscheidung zwischen Anwesenheit am Arbeitsplatz und tatsächlicher Arbeitszeit, zwischen klar abgegrenzter Freiheit und Arbeitszeit erfolgte erst im Zuge der Industrialisierung. Die Konzentration der Arbeit in der Fabrik und die Anbindung der Arbeitskraft an den Maschinenrhythmus führten zu einem neuen Zeitbewußtsein, das eine der Grundlagen für die heutige statistische Bewertung der Faktoren Kapital und Arbeit in ihrer Bedeutung für das Wirtschaftswachstum bildet. Dieses Ziel verfolgt *Wilfried Feldenkirchen*, der die Produktivitätsentwicklung in Deutschland, England, Frankreich, Belgien und den USA von der Frühindustrialisierung bis zum Ersten Weltkrieg vergleicht. Dabei zeigt sich, daß die zeitlichen Versetzungen im Industrialisierungsprozeß zwischen den einzelnen Ländern Stoßrichtung und Schnelligkeit des wirtschaftlichen Wachstums maßgeblich bestimmten, nicht zuletzt weil die Kapitalinvestitionen sektoral sehr differierten und unterschiedliche Industriesektoren zu den Leitsektoren des industriellen Fortschritts wurden. Während er international das Phänomen feststellt, daß mit zunehmender Kapitalintensität, das heißt, fortschreitender technischer Innovation und maschinellen Verbesserungen sowie effizienterer Arbeitsorganisation, auch die Arbeitszeit sich verkürzte und die dadurch gewonnenen Produktivitätsgewinne um so höher waren, je länger die Arbeitszeit vorher gewesen war, wird gleichzeitig ersichtlich, daß dieser Prozeß nicht automatisch ablief. Bis zum Ersten Weltkrieg hatte sich keineswegs generell auf Unternehmerseite die Erkenntnis durchgesetzt, daß kürzere Arbeitszeiten sich durch höhere Arbeitsleistung bezahlt machen könnten. Die Kriegserfahrung brachte auch in dieser Hinsicht deutliche Einschnitte. Einerseits führten die erheblichen Arbeitszeitverlängerungen auf breiter Front nicht zu entsprechend höheren Produktionsleistungen, andererseits bekam die Forderung der Arbeiterschaft nach Einführung des Achtstundentages weltweit starken Auftrieb. Aus politischen Gründen fand der Achtstundentag nach Kriegsende weite Verbreitung, wenn auch nicht kampfflos. Die schwierige Zeit zwischen den beiden Weltkriegen behandelt *Wilhelm Treue*. Auf der Grundlage von Unternehmerbiographien und unternehmensgeschichtlichen Studien skizziert er anhand zahlreicher Beispiele aus unterschiedlichen Wirtschaftsbereichen die Bemühungen der deutschen Unternehmer, mit den wirtschaftlichen Folgen des Krieges fertig zu werden, dabei staatliche Eingriffe abzuwehren und technologisch sowohl durch Unternehmenskonzentration und Reorganisation aufzuholen als auch durch die Umsetzung technischer Erfindungen und neuer Fertigungsmethoden. Wichtige Impulse gingen dabei von der Rüstungswirtschaft aus, was im Dritten Reich neben einer verstärkten staatlichen Anbindung der Privatindustrie zum Aufbau staatseigener Wirtschaftsbereiche und Konzerne führte. Im Unterschied zu dieser Darstellung über die staatlichen und privatwirtschaftlichen Interessenverknüpfungen oder Interessengegensätze konzentriert sich *Wolfram Fischer* für die Zeit nach 1945 bis zur Gegenwart auf eine statistisch vergleichende Analyse des wirtschaftlichen Wachstums der großen Industrieländer. Bei der Zuordnung, inwieweit die Faktoren Kapital, Arbeit und technischer Fortschritt für eine Wachstumsbeschleunigung oder Retardierung entscheidend waren, steht die Frage im Mittelpunkt, bis zu welchem Punkt sich Arbeitszeitverkürzungen durch höhere Kapitalintensität und technischen Fortschritt auffangen lassen. Die sich im letzten Jahrzehnt abzeichnende Entwicklung sinkender Wachstumsraten bei gleichzeitig rückläufiger Produktivitätsentwicklung führt ihn zu der Schlußfolgerung, daß der Trend zur weiteren Verringerung der Arbeitsleistung möglicherweise ein Nullwachstum der Produktivität bedeuten könne. Sowohl hinsichtlich der Verkürzung der Tagesarbeitszeit als auch der Gesamtarbeitszeit zeigen sich s. E. Grenzen, die nicht überschritten werden dürfen. Für das Problem der Arbeitslosigkeit ergibt sich daraus, daß eine Umverteilung von Arbeit durch Arbeitszeitverkürzung zum einen an Produktivitätsgrenzen stößt, zum anderen sich dadurch auch nicht die Struktur des

Arbeitsmarktes verbessern läßt. Denn es ist nicht davon auszugehen, daß die erhöhte Nachfrage nach Arbeitskräften sich qualifikationsmäßig oder regional mit dem vorhandenen Arbeitskräfteüberschuß deckt. Trotz dieses eher pessimistischen Ausblicks auf die zukünftige Entwicklung läßt das nachfolgende kurze Koreferat von *Jos Delbeke* gewisse Relativierungen erkennen. Am Beispiel des veränderten Konsumverhaltens in der postindustriellen Gesellschaft, wie es sich im Rückgang der Nachfrage nach industriellen Konsumgütern und erhöhter Nachfrage nach Freizeit und Dienstleistungen demonstriert, verwies er darauf, daß wirtschaftliches Wachstum und technischer Fortschritt keine autonomen Größen, sondern gesellschaftlich abhängig sind, sich ferner die gesellschaftliche Einstellung zur und Bewertung von Arbeit wandelt. Diese Tatsache, die in den anderen Referaten meist nur mittelbar Erwähnung fand und nach Delbeke für die ökonomische Forschung noch weitgehend unbekanntes Terrain ist, scheint aber für die zukünftige Entwicklung entscheidend zu sein. Deshalb ist zu bedauern, daß im vorliegenden Tagungsband die Gewerkschaften als mitgestaltender Faktor im »magischen Dreieck« (so H. Pohl) von Wirtschaftswachstum, Technologie und Arbeitszeitverkürzung, wenn überhaupt, dann meist nur als Hemmschuh der Produktivität und Rentabilität vorkommen.

*Irmgard Steinisch, Berlin*

Wolfram Fischer (ed), Europäische Wirtschafts- und Sozialgeschichte von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum Ersten Weltkrieg (= Handbuch der europäischen Wirtschafts- und Sozialgeschichte, hrsg. von Wolfram Fischer, Jan A. van Houtte, Hermann Kellenbenz, Ilja Mieck, Friedrich Vittinghoff, Bd. 5), Klett-Cotta, Stuttgart 1985, XVI, 814 S., Ln. in Schuber, 228 DM (Subskriptionspreis 198 DM).

This is the fifth volume of a six volume *Handbuch* which surveys the social and economic history of Europe from Roman times to the outbreak of the first World War. Few readers are likely to read this work from beginning to end. It is, like an encyclopaedia, a reference book that one has on one's shelves and consults when one wishes to secure information on a particular topic. It is nowadays impossible even for professional historians to read more than a fraction of the vast output of books, articles, doctoral theses and *Habilitationsschriften* that appear every year. From time to time it is therefore desirable that an attempt should be made to summarise the results of recent research in one or more volumes. This is what Wolfram Fischer and his colleagues have to offer. The *Handbuch* under review has no footnotes or maps but does have detailed bibliographies (to about 1980) as well as numerous statistical tables and graphs. Indeed there may be readers who would have preferred a little more about human beings – inventors, founders of firms, social philosophers and leaders of workers – and a little less in the way of arid figures.

After an introductory chapter by the editor, he and 18 other historians examine five major regions – North Europe, West Europe, Central Europe (*Mittleuropa*), East and South East Europe, and South Europe. These regions are subdivided into either groups of states or individual states. It is a little odd that Germany, Finland and Greece should be studied separately while the United Kingdom – the »workshop of the world« in 1850 – is examined not as an independent state but as part of West Europe. Only the population of Britain is surveyed separately. Social conditions and the economy are discussed in sections which include also France, Belgium and Holland. It is equally curious that Hungary should be linked with the Balkans and not with the Habsburg dominions with which it formed a customs union between 1850 and 1918. And Finland, a grand duchy annexed by Russia in 1809, is dealt with separately and not in conjunction with Russia.

Each region is surveyed under precisely the same headings – population, social conditions,